



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SB/01/2016
Gremium: Seniorenbeirat
Tag: Dienstag, 08.03.2016
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 15:05 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.11.2015
3. Beratung des Haushaltsplanentwurfs und HSP 2016/2017
4. Bericht der Verwaltung zum neuen Wohngeldgesetz
5. Quartiersentwicklung
6. Mitteilungen
7. Bericht aus dem Sozialausschuss
8. Bericht aus der Landesseniorenvertretung
9. Bericht aus den Arbeitsgruppen
10. Bericht aus den Begegnungsstätten
11. Verschiedenes



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 15:05 Uhr

1. Genehmigung der Tagesordnung

Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.11.2015

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 10.11.2015 gibt es keine Einwände, die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

3. Beratung des Haushaltsplanentwurfs und HSP 2016/2017

Frau Sauerwein erläutert die Maßnahme 16_55.155 – Zuschusskürzung Seniorenbegegnungsstätten und weist daraufhin, dass der Sozialausschuss die Maßnahme in seiner Sitzung vom 23.02.2016 bereits abgelehnt hat. Die Vorsitzende unterstreicht die Bedeutung von Altenbegegnungsstätten angesichts der demographischen Entwicklung in der Bevölkerung. Insbesondere für einkommensschwächere Senioren stellen die Begegnungsstätten eine wichtige Anlaufstelle dar. Bei einer Kürzung der Zuschüsse wären zwangsläufig auch Einschnitte bei den Angeboten der Begegnungsstätten die Folge.

Herr Goldbach und Frau Korflür erklären Nachfragen zu zwei weiteren Positionen im Haushaltsplanentwurf.

Beschluss:

Der Seniorenbeirat stimmt der Zuschusskürzung für die Seniorenbegegnungsstätten zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt

4. Bericht der Verwaltung zum neuen Wohngeldgesetz

Herr Kromholz von der Wohngeldstelle gibt einen Überblick über die Wohngeldnovelle zum 01.01.2016.

Im Rahmen der Novelle wurden die Höchstbeträge der Mietobergrenzen für Einpersonenhaushalte um 19 % von 330,- € auf 390,- € und für Zweipersonenhaushalte



um 18 % von 402,- € auf 473,- € angehoben. Die Einkommensgrenzen wurden für Einpersonenhaushalte von rd. 890,- € brutto auf rd. 1.035,- € brutto (netto von rd. 800,- € auf rd. 924,- €) und für Zweipersonenhaushalte von rd. 1.220,- € brutto auf rd. 1.411,- € brutto (netto von rd. 1.100,- € auf rd. 1.262,- €) angehoben. Des Weiteren hat es eine Anhebung der Wohngeldtabellenwerte um durchschnittlich 39 % gegeben.

Aufgrund der Wohngeldnovelle sollen lt. Bundesregierung ca. 320.000 neue Empfängerhaushalte bundesweit entstehen (+ 60%). Für Hagen würde das eine Steigerung um rd. 750 Empfängerhaushalte auf ca. 2.000 bedeuten.

Konkrete Zahlen für Hagen sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ermittelbar. Lediglich die Zahlen der Übergänge aus dem SGB XII (Grundsicherung im Alter und Hilfe zum Lebensunterhalt für nicht Erwerbsfähige) ins vorrangige und höhere Wohngeld stehen bisher fest. Hier handelt es sich um 134 Fälle (Kostensparnis für die Kommune ca. 25.000,- € im Jahr).

Noch keine Erkenntnisse gibt es darüber, wie viele Haushalte aus dem SGB II-Bereich von der Wohngeldnovelle profitieren werden. Hier müssen die vorrangigen Wohngeldansprüche der Leistungsbezieher noch geprüft werden.

Herr Krombholz erläutert, dass bei der Wohngeldberechnung die Heizkosten nach wie vor außer Acht gelassen werden müssen.

Frau Sauerwein weist daraufhin, dass der Städtetag eine regelmäßige Anhebung des Wohngeldes gefordert hat. Diesem Anliegen ist der Gesetzgeber bislang leider nicht nachgekommen.

An der Diskussion zur Wohngeldnovelle beteiligten sich neben Frau Sauerwein auch Frau Giacobelli, Herr Eiche und Herr Homm.

5. Quartiersentwicklung

Frau Sauerwein berichtet über die Fortschritte im Bereich der AG Quartiersentwicklung. Dieser möchte sich intensiv mit dem Bahnhofsquartier beschäftigen. Neben dem SB gibt es noch zahlreiche andere Arbeitskreise, die sich mit dem Thema befassen so z.B. aus der Konferenz Alter und Pflege. Hier wird in Kooperation mit der FH Dortmund eine Studie mit dem Schwerpunkt Barrierefreiheit in Altenhagen erstellt. Das Ergebnis soll in der nächsten Sitzung der Konferenz Alter und Pflege vorgestellt werden. Darüber hinaus gibt es als weitere Gremien zum Thema Quartiersentwicklung beispielsweise „Wohnen auf Ernst“ und „soziale Stadt Wehringhausen“. Frau Sauerwein berichtet, dass auf der Fachtagung zur Quartiersentwicklung in Gelsenkirchen ebenfalls viele verschiedene Ansätze vorgestellt wurden. Besonders hilfreich war hier der Erfahrungsaustausch.

Herr Rehbogen berichtet über ein Beispiel altengerechten Wohnens in Dortmund. Frau Sauerwein ergänzt hierzu, dass dieses Projekt über eine Kombination aus freiem und sozialem Wohnungsbau finanziert wurde. In Hagen gibt es bislang keine ent-



sprechenden Initiativen, da angeblich in Hagen kein Bedarf an sozialem Wohnen im Alter besteht. Hier sieht Frau Sauerwein großen Handlungsbedarf und die Notwendigkeit, immer wieder auf die Situation in Hagen hinzuweisen.

Herr Goldbach bestätigt den sich seit Jahren auch in Hagen abzeichnenden Trend, dass der Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft immer größer wird und deshalb ein Bedarf an altengerechtem Wohnen vorhanden sein müsste. Er informiert über die Möglichkeit der Förderung quartiersbezogener Konzeptentwicklungen nach dem Landesförderplan. Intention dieses Projektes könnte es sein, auf die Wohnungsgesellschaften zuzugehen um Umsetzungsmöglichkeiten in einem Quartier zu untersuchen. Unklar ist bislang, wie der Eigenanteil der Stadt Hagen für dieses Förderprojekt in Höhe von 3.333€ finanziert werden kann.

Herr Goldbach und Frau Sauerwein weisen auf die Internetseite Altengerechte Quartiere.NRW <http://www.ag-nrw.de/> hin, die ausführliche Informationen zum gesamten Thema bietet.

An der nachfolgenden Diskussion zum Hagener Angebot für altengerechtes Wohnen beteiligen sich Herr Rehbogen, Frau Rudolph und Herr Breddermann.

6. Mitteilungen

Herr Rehbogen bittet um Unterstützung bei einer Unterschriftenliste bezüglich der Erhöhung der Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenkasse.

7. Bericht aus dem Sozialausschuss

Herr Homm berichtet aus dem Sozialausschuss, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatung alle Einsparvorschläge abgelehnt wurden. Herr Ludwig ergänzt, dass die Einsparungen nicht einstimmig abgelehnt wurden.

Ein weiteres Thema im SOA war die Situation der Flüchtlinge in Hagen. An der Diskussion zu diesem Thema beteiligen sich Frau Sauerwein, Herr Goldbach, Herr Eiche, Herr Rehbogen und Herr Jung.

8. Bericht aus der Landesseniorenvertretung

Frau Sauerwein informiert über die im April stattfindende Mitgliederversammlung. Hierüber wird in der nächsten Sitzung des Seniorenbeirates ausführlich berichtet.

9. Bericht aus den Arbeitsgruppen

Herr Homm berichtet, dass bereits einige Termine in den Begegnungsstätten stattgefunden haben und noch geplant sind, um vor Ort die ÖPNV- Anbindung zu klären. Herr Homm hat diesbezüglich einen Fragebogen mit zehn einfachen Fragen entwi-



ckelt, der den Begegnungsstätten zur Verfügung gestellt wurde. Teilweise liegen schon Rückläufe vor. Die Abfrage erfolgt vor dem Hintergrund, dass ein neuer Nahverkehrsplan erstellt werden soll. Nach Auswertung der Ergebnisse sollen entsprechende Anträge mit dem Ziel formuliert werden, die Barrierefreiheit und Erreichbarkeit der Begegnungsstätten aber auch von Einkaufsmöglichkeiten zu verbessern. Das Ergebnis der Auswertung wird den Parteien, dem Seniorenbeirat und dem AK ÖPNV des Umweltausschusses vorgestellt werden.

10. Bericht aus den Begegnungsstätten

Frau Wiewiorka berichtet, dass im Moment alle geplanten Projekte und Aktionen ruhen, da durch die Einsparvorschläge im Rahmen der Haushaltsplanberatungen die finanzielle Situation der Begegnungsstätten nicht geklärt ist.

11. Verschiedenes

Frau Giacobelli berichtet über die Neugründung einer weiteren ZWAR Gruppe und informiert über das nächste Treffen am 23.03.2016 um 18.00 Uhr.

Frau Werkmüller berichtet, dass im Juli ein Seniorensporttag geplant ist.

Herr Höfig informiert, dass die Anfrage bezüglich der Barrierefreiheit im Westfalenbad von der HVG noch geprüft wird.

Ende des öffentlichen Teiles: 16:35 Uhr



C. ANWESENDE

<u>Name</u>	<u>Bemerkungen</u>
Herr Heinz Breddermann - CDU	
Herr Michael Eiche - AfD	
Frau Angelika Giacobelli - Zwar	
Frau Claudia Heide - Caritas	
Herr Jürgen Höfig - Der Paritätische	
Frau Anita Kandolf - AWO	
Herr Hans-Jürgen Klein - DRK	
Frau Brunhild Marks - Hagen Aktiv	
Herr Georg Rehbogen - SPD	
Frau Ruth Sauerwein - B90/GRÜNE	
Frau Marianne Schulte - Caritas	
Frau Rosemarie Swenshon - Diakonie	
Frau Helmi Verbeek - Caritas	
Frau Ursula Werkmüller - SSB	
Frau Beate Wiewiorka - Diakonie	
Herr Manfred Heidenreich - AWO	
Herr Klaus-Dieter Kreuser - FDP	
Frau Kerstin Bolhöfner-Dreesbach - Die Linke	
Herr Gerd Homm - DGB	
Frau Gabriele Rudolph - DRK	



Ruth Sauerwein
Vorsitzende



Christine Vysin
Schriftführerin